



Interviews

Datum: 14.05.2024

Christian Dürr im Gespräch mit Philipp May

Philipp May: Am Telefon ist jetzt der FDP-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Christian Dürr. Guten Morgen, Herr Dürr.

Christian Dürr: Guten Morgen, Herr May. Ich grüße Sie.

May: Zuerst die Wirtschaftswende, jetzt die Rente – wie viele Positionspapiere wollen Sie noch schreiben?

Dürr: Es geht ja darum, die Dinge solide zu finanzieren und es war im Beitrag vorhin schon deutlich geworden: Es geht einerseits darum, dass wir in Zukunft auch sichere Renten haben, dass auch die Renten steigen können in Zukunft. Das ist auch eine Frage des Wachstums. Wir wollen ja auch mehr Wirtschaftswachstum in Deutschland haben. Gleichzeitig – das hatte der Wirtschaftsminister, glaube ich, in seinem Beitrag gerade vorhin vergessen – geht es genauso darum, dass wir sichere Beiträge haben und dass die Beiträge zur Rente, das, was Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zahlen, in Zukunft nicht exorbitant steigen, eine echte Dämpfung. Darauf haben wir uns in der Koalition geeinigt, nämlich das Generationenkapital. Das ist tatsächlich eine Jahrhundertreform. Wir machen mehr Kapitaldeckung in der Rente, um abzufedern, dass es in Zukunft im Verhältnis mehr Rentner geben wird und weniger Beitragszahler. Aber es muss sicherlich noch mehr kommen. Es muss insgesamt stimmen, denn ich glaube, niemand in der Koalition – lassen Sie mich das noch kurz sagen, Herr May – wünscht sich ja steigende Beiträge. Da kenne ich gar keinen. Und genau das müssen wir auch absichern.

May: Nichts gegen Positionspapiere, ist ja eine gute Sache, macht man normalerweise vor allem immer dann, wenn man in der Opposition ist, oder dann, wenn man eine Koalition verlassen will – wissen Sie bei der FDP ja selbst am besten, ich erinnere an 1982. Normalerweise, wenn man regiert, hat man Besseres zu tun, Regieren zum Beispiel.

Dürr: Sehen Sie mir nach, Herr May: 1982 war ich selbst fünf Jahre alt, insofern da nicht dabei.

May: Ist aber Teil der FDP-Geschichte.

Dürr: Absolut! Es gab viele Entwicklungen in der alten Bundesrepublik, keine Frage. Aber gleichzeitig, Herr May: Wir haben uns darauf geeinigt, dass wir solide finanzieren wollen. Das machen wir aber im Bundeshaushalt. Darum geht es ja in diesen Tagen auch und genau in diesem Positionspapier. Wir haben jetzt eine gute Ausgangsbasis. Zwei Drittel der Bundesminister halten sich an den bereits beschlossenen Finanzplan. Ein Drittel der Bundesminister ist noch nicht soweit. Und dass die solide Haushaltspolitik funktioniert, sehen Sie allein an der Staatsquote, an der Belastungsquote. Die Große Koalition hatte noch 51 Prozent Staatsquote, wir sind jetzt auf etwa 48 Prozent wieder zurück. Das sind ja alles wichtige Rahmenbedingungen, damit Wirtschaften funktioniert und damit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die gleichzeitig zukünftige Rentner sein werden, nicht über Gebühr belastet werden.

Deswegen noch mal, Herr May: Ich kenne niemanden in der Koalition, der sagt, bei den Rentenbeiträgen ist mir egal, ob die Arbeitnehmer in Zukunft zu viel zahlen. Eine Dämpfung – da bin ich dankbar, dass die Koalitionspartner sich auf das Konzept der FDP eingelassen haben, nämlich das schon genannte Generationenkapital, mehr Kapitaldeckung endlich in der Rente, dass nicht von der Hand in den Mund gelebt wird, sondern dass wirklich angespart wird und auch Rentner von internationalen Kapitalmärkten profitieren, von Wachstum in der Welt. Davon sind Rentner ja bisher ausgeschlossen. Das können nur diejenigen, die noch privat daneben anlegen.

Kurzum: Einiges ist passiert, aber es muss mehr passieren, damit insgesamt die Rente auch in Zukunft stabil ist. Wir wollen da nicht von der Hand in den Mund leben.

May: Aber, Herr Dürr, das sind ja zwei unterschiedliche Paar Schuhe. Was hat der Haushalt 2024, das Budget, das jetzt gerade verhandelt wird, mit der langfristigen Finanzierung der Rente zu tun?

Dürr: Der Haushalt muss genauso wie die Rentenversicherung generationengerecht sein. Wenn wir heute zu viele Schulden machen, dann werden das zukünftige Arbeitnehmer, Unternehmen bezahlen müssen. Der Standort ist nicht ausreichend attraktiv. In Deutschland beklagen wir doch alle gemeinsam ...

May: Entschuldigung!

Dürr: Lassen Sie mich das kurz zu Ende führen, weil das gehört wirklich zusammen, weil Sie ja gefragt haben. Viele beklagen, dass wir zu wenig Wachstum haben, weil Vorgängerregierungen keine Reformpolitik gemacht haben. Wir machen jetzt ja Politik schon für die 2030er-Jahre. Wir wollen nicht nur in Wahlperioden denken, sondern weit darüber hinaus. Deswegen ist genauso bei der Haushaltspolitik Generationengerechtigkeit gefordert wie auch bei der Rentenpolitik.

May: Aber es geht doch, soweit ich weiß, gar nicht um den Etat von Hubertus Heil, in dessen Etat, im Arbeits- und Sozialministerium, auch diese exorbitanten Rentenzuschüsse vorhanden sind. Es geht doch um das Auswärtige Amt, es geht um das Innenministerium, es geht um das Verteidigungsministerium und es geht um das Entwicklungsministerium. Vermengen Sie da nicht zwei Sachen, die eigentlich nicht zusammen gehören?

Dürr: Es sind ein Drittel der Bundesministerien, die sich nicht ganz an den Rahmen halten. Ich will da jetzt keine einzelnen Namen nennen, sondern das ist jetzt Sache des Kabinetts, das in den kommenden Wochen hinzubekommen. Das ist das ausdrückliche Ziel des Bundeskanzlers und des Finanzministers. Der Bundeskanzler hat sich auch noch mal eindeutig geäußert und gesagt, dass wir uns an den gesteckten Finanzplan – der ist bereits verabredet – halten.

Gleichzeitig – Sie haben es angesprochen – wird die Rente einerseits aus Beiträgen finanziert, aber auch aus Steuermitteln, deutlich über 100 Milliarden Euro in jedem Jahr, die richtigerweise aus dem Steuerhaushalt in die gesetzliche Rentenversicherung heute fließen, an heutige Rentnerinnen und Rentner. Das ganze Paket muss funktionieren.

Ich glaube, es braucht einen, der am Ende auch auf die mathematischen Zusammenhänge schaut. Worte sind gut und wichtig und wichtig ist auch, dass wir den Rentnerinnen und Rentnern eines deutlichmachen: Wir wollen heute stabile Renten und auch in Zukunft in den 2030er-Jahren und dafür muss beides funktionieren, solide Haushaltspolitik und solide Rentenpolitik.

May: Sie haben recht, der Kanzler hat gerade der FDP recht gegeben beziehungsweise er ist Christian Lindner beigesprungen in einem „Stern“-Interview. Das melden wir auch heute den ganzen Tag im Deutschlandfunk. Er hat gesagt, ja, der Etat muss stimmen und die Ausgabenwünsche der Ministerien müssen begrenzt werden. Wo er aber explizit der FDP nicht beigesprungen ist, das ist beim Thema Rente. Er hat sogar letzte Woche gesagt, eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit, das halte er für absurd, diese ganze Diskussion. Das heißt, wie zielführend ist dann so ein Positionspapier?

Dürr: Es geht darum, deutlichzumachen, was die Freien Demokraten in dieser Bundesregierung erreichen wollen in dieser Wahlperiode, und das ist, einerseits die Staatsquote nach unten zu bringen. Darüber haben wir vorhin schon gesprochen. Das ist zum Glück schon gelungen. Die Schuldenquote geht zurück. Und wir wollen heute Entscheidungen treffen, die für die 2030er-Jahre für die Rentnerinnen und Rentner, die dann in den Ruhestand eintreten, und für die Beitragszahler, die das dann in der Zeit erwirtschaften, dass wir da faire Rahmenbedingungen haben. Ich wiederhole mich: Ich kenne keinen in der Koalition, der sagt, steigende Rentenbeiträge, das ist mir egal, garantiert auch nicht der Bundeskanzler, und insofern bin ich fest davon überzeugt, dass wir das hinbekommen. Aber es muss auch wirklich solide gelingen im Interesse aller, denn wir haben bei der Rente, wenn Sie sich das anschauen, 1962 war noch ein Rentner auf sechs Beitragszahler, heute ist das Verhältnis etwa eins zu zwei, ein Rentner, zwei Beitragszahler. Ab den 2030er-Jahren wird das Verhältnis eins zu 1,5 sein, ein Rentner auf etwa anderthalb Beitragszahler. Das muss solide finanziert werden, sowohl haushalterisch – wir sprachen über den Steuerzuschuss -, aber auch auf der Beitragsfinanzierungsseite. Das insgesamt hinzubekommen, das muss doch das Ziel der Koalition sein, und man muss immer beides denken, gute Renten auf der einen Seite und faire Beiträge auf der anderen Seite.

May: Aber die Frage ist ja doch: In einer Koalition, die nicht zu Unrecht, um es vorsichtig zu formulieren, den Ruf hat, mehr oder weniger alles öffentlich auszutragen, wenn dann ein Positionspapier veröffentlicht wird, das Forderungen enthält, die für den Koalitionspartner, in diesem Fall die SPD ein rotes Tuch sind – Stichwort Abschaffung der sogenannten Rente mit 63 -, und in dem die eigenen roten Tücher als nicht verhandelbar gestellt werden, welchen konstruktiven Wert haben die?

Dürr: Sie machen einen wichtigen Punkt, Herr May, den ich kurz beleuchten will. Diese Bundesregierung macht es sich nicht leicht, und zwar deshalb, weil eine Vorgängerregierung alles mit Geld, übrigens Geld zukünftiger Steuerzahler, zukünftiger Beitragszahler, zugeschüttet hat. Es sind Schulden gemacht worden. Die Staatsschuldenquote ist massiv gestiegen. Politische Konflikte wurden mit dem Geld anderer zugekleistert. Damit haben wir aufgehört.

Das heißt aber, dass man es sich politisch nicht leichter macht, und ja, das führt auch zu Diskussionen manchmal in der Öffentlichkeit. Nur die Alternative zu sagen, wir lehnen uns zurück und schütten es wirklich mit dem Geld anderer Menschen zu, die Probleme, die wir politisch haben, das ist keine Option mehr. Deswegen, ja, gibt es auch hier und da Diskussionen. Das gebe ich zu. Manche würde ich mir leiser wünschen. Nichtsdestotrotz: Jetzt müssen wir Reformpolitik machen. Anderthalb Jahrzehnte ist das in Deutschland nicht passiert und das Ergebnis sehen wir doch. Das Wirtschaftswachstum in Deutschland ist zu gering und deswegen mahnen wir einerseits solide Haushaltspolitik, aber auch mehr wirtschaftliche Dynamik an. Das gehört aus meiner Sicht auch zusammen.

May: Das „manchmal“ ist gut, das merke ich mir. – Aber Sie wissen auch, dass beispielsweise die Rente nach 45 Berufsjahren der SPD super wichtig ist. Was bieten Sie den Sozialdemokraten an?

Dürr: Ich glaube, wir sollten gemeinsam darüber reden, ob wir mehr Flexibilität ins System bringen. Da lohnt sicher mal der Blick über die Grenzen hinaus. Schweden beispielsweise macht das sehr erfolgreich. Die reden nicht über Eckrentner, über starre Lebensentwürfe, die auch höchst unterschiedlich sind. Warum nicht mehr Flexibilität beim Renteneintritt? Warum nicht mehr die Arbeitnehmer entscheiden lassen, wann sie in den Ruhestand eintreten? Beispielsweise in Schweden ab 60 kann man sich entscheiden, wann man in den Ruhestand eintritt. Wenn man früher in den Ruhestand geht, hat man eine geringere Rente, als wenn man später in den Ruhestand geht, aber die Lebensentwürfe sind, wie ich sagte, schon unterschiedlich. Diese Flexibilität wäre doch sinnvoll, nicht nur in 63, 64 oder 67 zu denken.

Und ich will noch kurz sagen, Herr May: Die CDU/CSU redet ja immer noch von einem starren Renteneintrittsalter. Ich halte das nicht für klug. Ich glaube, mehr Flexibilität ist gefragt.

May: Da sollte es durchaus Kompromissbereitschaft geben. Robert Habeck hat angeregt, beispielsweise die Rentenbeiträge für Menschen, die schon das Renteneintrittsalter erreicht haben, und, glaube ich, auch die Arbeitslosenbeiträge denen als Prämie auszuzahlen. Wäre das ein gangbarer Weg?

Dürr: Wir können über vieles reden an der Stelle, was sinnvoll finanzierbar ist auf der einen Seite, aber sicherlich muss das Ziel sein, wenn Menschen Lust haben, länger zu arbeiten, dann soll es dafür auch Anreize geben, ganz selbstverständlich. Über so was können wir doch in der Koalition reden, damit wir insgesamt – ich sprach vorhin über das Verhältnis Rentner/Beitragszahler. Da kann ja niemand was dafür, weder die Beitragszahler, noch die Rentner können etwas dafür, dass wir einen demographischen Wandel haben. Aber genau deshalb müssen wir darüber reden, wie wir es auch attraktiv machen, dass Menschen Lust haben, länger zu arbeiten.

May: Jetzt haben wir schon wieder so lange geredet, dass gleich die Zeit vorbei ist. Eine ganz kurze Frage und eine ganz kurze Antwort: Woran scheitert das Rentenpaket zwei gerade?

Dürr: Es scheitert nicht, sondern wir reden darüber, wie es solide finanziert werden kann. Ich lasse mir da die Zuversicht nicht nehmen, trotz Diskussionen in dieser Koalition. Zweieinhalb

Jahre hatten wir auch immer wieder Diskussionen und am Ende haben wir es hinbekommen. Wir machen Reformpolitik und damit machen wir es uns nicht einfach.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.